

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 7600.— in den Ausgabestellen 7800.— durch Zeitungsboten 8000.— am Postamt 8500.— ins Ausland 12000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fein-Druckerei: 2278, 3110.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200288 in Posen.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 200.— M. Reflektenteil 600.— M.

Für Aufträge aus Deutschland Millimeterzeile im Anzeigenteil 200.— p. M. Reflektenteil 600.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsverweigerung oder Ausbrennung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Polen und die Tschechoslowakei.

Die Anerkennung der Disparenzen Polens ist von einem Teil der tschechischen Presse mit Mißbilligung aufgenommen worden. Die Gründe dieser Mißbilligung liegen darin, daß durch die Entscheidung der Votschafierkonferenz dem tschechoslowakischen wirtschaftlichen Drang nach dem ukrainischen und russischen Osten nunmehr ein polnischer Niegel vorgezogen worden ist. Die wirtschaftliche und größtenteils auch politische Bedeutung des der Tschechoslowakei im Friedensvertrag zugesprochenen karpato-russischen Korridors ist in Verlust geraten oder vom guten Willen Polens abhängig geworden.

Die Dispolitik des Dr. Benesch steht nicht unter den günstigsten Sternen. Das Verhaltis zu Polen ist, wie der Prager Mitarbeiter des „Berliner Vbrien-Courier“ schreibt, von Anfang an durch die Rivalität der beiden Nationen in der Führung des Westflamentums. Diese Rivalität liegt durchaus nicht etwa nur an der Oberfläche. Die Auffassung des Verhaltisses zu Rußland muß bei beiden Staaten notwendigerweise durchaus verschieden sein, und mit der Verschiedenheit dieser Auffassung hängen die sonstigen noch vorhandenen Gegenstände aufs engste zusammen. In dem polnisch-tschechischen Vertrag, der nach lanwierigen Annäherungsversuchen zwischen Benesch und Skirmunt zwar verhindert wurde, der aber sogleich der schärfsten Ablehnung der polnischen Parteien anheimfiel, erklärte Benesch das tschechoslowakische Desinteressement an der ostgalizischen Frage, während Skirmunt versprach, die slowakischen Autonomien nicht mehr zu unterstützen. Damals wurde bereits inoffiziell die Fauerfrage angeknipft, die heute zum Zankapfel zwischen den beiden Staaten und zum schwersten Sorgenkind des Dr. Benesch geworden ist. Das Desinteressement an Ostgalizien bedeutete eine freiwillige Abzare an eine selbständige Dispolitik der Tschechoslowakei. Der Instinkt der breiten tschechischen Offentlichkeit hat den von der Prager Regierung eingenommenen Standpunkt des Desinteressements weder gebilligt noch auch sich zu eigen gemacht und hat vielmehr die ukrainische Selbstandigkeitsbewegung mit Sympathie begrit und gefördert. Auch die tschechische Regierungspresse hat die Zuteilung Ostgaliziens an Polen nur mit gemichten Gefühlen zur Kenntnis genommen, wenn sie auch die Form wahrte und den Ukrainern empfahl, sich mit den Tatsachen abzufinden. Die Ukrainer sind nunmehr offiziell und endgulig von der tschechischen Regierung ihrem Schicksal ubelassen worden.

Der endgulige Anschluß Ostgaliziens an Polen bedeutet eine der wichtigsten Etappen in der Entwicklung der tschechischen Dispolitik, deren Positionen nun wieder empfindliche Einbuße erlitten haben. Zwar ist die Sorge um Karpatoruland zur Zeit geringer geworden, aber dieses sehr kostspielige und wenig einbringende Ländchen hat auch seinen eigentlichen Wert und Sinn eingebut. Es vermehrt lediglih die Reihe der ohnehin schon zahlreichen nationalen und politischen Probleme der Tschechoslowakei, die sich bis heute nicht entschliessen konnte, Karpatoruland die ihm durch den Friedensvertrag gewährleistete Autonomie zu geben. In das Verhaltis der Tschechoslowakei zu Polen ist ein neuer Schlag Schatten gefallen, ganz abgesehen davon, daß die Weizsäcker durch die Lage der Dinge nicht eben zu Tschechenreunden wurden. An die Stelle hat die slawische Politik als solche Schiffschiff erlitten.

Erit die Lösung der sehr leidigen Fauerfrage kann eine endgulige Klärung in das tschechisch-polnische Bündnis bringen. Leicht wird die Herbeiführung dieser Klärung nicht sein. Sowohl die polnische als auch die tschechische Offentlichkeit wird in der Fauerfrage derart nationalstandisch bearbeitet, daß es für beide Seiten schwer, ja beinahe eine Kabinetsfrage zu sein scheint, Konzessionen zu machen.

Wojewodschaft Schlesien.

Sprengung eines deutschen Sportplatzes.

Auf dem Sportplatz „Diana“ in Kattowitz sollte am Sonntag ein Fußballspiel zwischen den beiden deutschen Fußballklubs W. f. N. Königshütte und „Diana“ Kattowitz um die Meisterschaft in der Wojewodschaft stattfinden. Tausende von Zuschauern wohnten diesem Spiel bei. Auch zwei Polizeibeamte waren erschienen. Als das Spiel begann, zogen etwa 150 Mann grohlend und schreiend unter den Klängen mehrerer Mundharmonikas, Stöße, Gummimupplis und Zaunlaten in den Händen, heran und begannen unter wustem Geschimpfe und Prügeln, die Zuschauer zu vertreiben. Als dieser Überfall einsetzte, waren die beiden Polizeibeamten plötzlich verschwunden. Als die Sprengung der Sportplatzversammlung einsetzte, brachen die Fußballmannschaften das Spiel ab. Einige Kleidungsstücke waren inzwischen aus der Garderobe verschwunden; ferner wird ein Fußball vermist. Wie der „Ober-schlesische Kurier“ annimmt, hatten es die Leute auf die Kasse abgesehen, die einen recht ansehnlichen Betrag enthielt, und da diese in Sicherheit gebracht werden konnte, demolierten die Leute aus Wut die Bänke, den Zaun und andere Anlagen des Sportplatzes.

Vor einem Lohnabbau.

Wie der „Volkswille“ von zuverlässiger Seite hört, schweben in Warschau zurzeit Verhandlungen über einen 10prozentigen Abbau der Kohlensteuer in Polnisch-Oberschlesien. Die Kohlenhändler und Kohlenhandelskongerze sollen gleichzeitig gespart werden, mit ihren Preisen um 20 Prozent herabzusetzen. Endlich sollen vom gleichen Zeitpunkt die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten um 80 Prozent ermäßigt werden.

Nachklänge zur Rathhausrede des Ministerpräsidenten

„Wir warten auf Taten“

überschreibt der „Dziennik Poznański“ den Leitartikel seiner Nr. 84, dessen Hauptabsatze in deutscher Übersetzung folgendermaßen lauten:

„Die Rede, die der Herr Ministerpräsident im Posener Rathaus hielt, ist zusammen mit den von ihm in der Pressekonferenz abgegebenen Erklärungen eine Tatsache von so großer Bedeutung daß sie unter keinen Umständen ohne wirkliche Folgen bleiben kann. — selbst wenn die Regierung Sikorski in den nächsten Tagen harzen sollte.“

Am 10. dieses Monats wurden im Posener Rathaus die Worte gebracht auf die Gropolen und Pommerellen und mit ihnen die ganze Republik seit langer Zeit warteten. Worte der Kraft und des Kampfes, zugleich aber Worte, deren Kennzeichen eine hohe Kultur bilde das Bewußtsein der Rechtsansprache des Staates, der weiß, was er will und der den Weg zu seinem Ziele kennt.

Vorläufig sind es nur Worte. Sie fanden in allen nationalen Kreisen Anklang und wurden selbst von entschlossenen Gegnern der Regierung Sikorski mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Man sieht, wie sehr es sich selbst für diese Gegner der Regierung Sikorski um die Idee handelt, und wie fern ihnen persönliche oder parteiliche Gegnerschaft liegt.

Man spendete Beifall dem Vertreter der Regierung, der mit wenig Worten ein klares und deutliches Programm in der für das Land brennendsten Frage — in der Frage der Beilegung des Verhaltisses der deutschen Minderheit zum Staat und zum polnischen Volk — entwarf. Den Worten müssen aber die Taten folgen. Die Worte müssen auf schnelle und entschlossene Weise verwirklicht werden. Alles, was der Herr Ministerpräsident sagte, stimmte ganz mit dem uberen, was die nationale Presse aller Schattierungen vom ersten Augenblick der Wiedererlangung unserer Unabhängigkeit an handig geordnet hat. Wenn wir die Worte des Herrn Ministerpräsidenten mit einer bisherigen Stellung vergleichen, dann müssen wir mit großer Verriedigung die Tatsache eines grundtaglichen Umchwunges auf dem vielleicht wahrgen Gebiet in der Politik gegenüber der deutschen Minderheit, die bisher durch Nachsicht Schwäche und Gerechtigkeit zu Zugunsten gegengezeichnet war. Die reifliche Präzisierung der Frage macht der Regierung Kompromisse mit den Minderheitsgruppen unmöglich und zwingt sie entschieden, nur in einer polnischen Mehrheit Linienführung zu suchen.

Der Herr Ministerpräsident hatte Gelegenheit, unmittelbar auf einen Beweis der geradezu unerhörten Annahme der Deutschen zu stoßen, als nämlich Vertreter des evangelischen Konsistoriums in der Audienz sich erstens erdreisteten, zum höchsten Vertreter der polnischen Regierung deutsch zu sprechen und dann auf seine polnische Antwort zu erwidern, daß sie nicht Polnisch verstanden. Dieser epische Versuch, für die deutsche Sprache in Polen Staatsrechte zu gewinnen, war ein genügender Hinweis für den Ministerpräsidenten dafür, wie weit die Dreistigkeit der preussischen Sakaristen sich vorwagt, die nicht die geringste Absicht haben, Polen, die polnische Sprache und das polnische Staatswesen als Faktoren anzuerkennen, denen sie sich unbedingt zu unterwerfen haben. Das war eine kleine, aber treffliche Illustration der hiesigen Verhaltisse und Stimmungen. Wir ermahnen nach der Rede des Ministerpräsidenten die Taten. Wir ermahnen baldige Verwirklichung des entwickelten Programms. Eine der hauptwichtigsten Bedingungen für die Liquidierung des deutschen Landbesitzes ist die Regelung der Verhaltisse in unserem Bezirkslandamt und die Ernennung eines solchen Leiters, der genaue Kenntnis dieser Fragen mit Energie und Gewandtheit im Handeln vereinigen würde. Dieser Posten ist bekanntlich seit einem Jahre nicht besetzt, und im Landamt herrscht eine unbeschreibliche Unordnung. Der Leiter müßte auch in der inneren Regelung des ganzen Beamtenapparats eine starke Hand zeigen. In der Frage der Annullationsansetzungen und der Pachtungen, die von Herrn Astenazy in Genf so fatal vertreten worden ist und die sich gegenwärtig im Haager Schiedsgerichtshof befindet, ist es notwendig, daß die polnische Regierung auf dem vom General Sikorski bezeichneten Standpunkt in dem Sinne verharret, daß das Urteil des Schiedsgerichtshofs nur die Bedeutung einer Meinungsäußerung, niemals aber die eines unbedingt bindenden Urteils haben kann. Polen kann es nicht gestatten, daß ihm Beschlüsse nach Art des berühmten Gutachtens der juristischen Volkerbundsachverständigen aufgezungen werden. Wie die deutschen Annullationsansetzungen, so müssen auch die Güter und andere Ansiedlungen, die zu preussischer Zeit uns entziffen wurden, wieder in polnische Hände gelangen. Man darf sich nicht auf Beschlüsse des zwangswidrigen Auslaufs beschränken, — man muß diese Beschlüsse durchführen. Die Dresdener Verhandlungen stehen, soweit uns bekannt ist, auf sehr schlüpfrigen Boden. Wir haben viel Grund zu der Befürchtung, daß sie mit demselben Siege der Deutschen enden, den sie in der Konvention errangen.“

Der „Dziennik“ fordert dann baldige „völlige Trennung der evangelischen Kirche Polens von der Berliner Mutterkirche“, Schließung des Deutsch-tum-bundes und Beseitigung des Herrn Astenazy von seinem Posten als Vertreter Polens im Völkerbund und schließt seinen Aufsatz mit den Worten: „Werden diese Forderungen nicht erfüllt, wird nicht gleich heute begonnen mit der Wiederherstellung des polnischen Landschaftsstandes, wird nicht sofort den Deutschen ihre richtige Stellung in Polen angewiesen, dann werden die vom Ministerpräsidenten Sikorski am 10. April in Posen gehaltenen Worte eben Worte bleiben.“

Was bedeuten diese Ausführungen? Antwort: daß man in den Kreisen, als deren Organ der „Dziennik Poznański“ anzusehen ist, von der wirkungsvollen Rede des Ministerpräsidenten im Grunde genommen keinerlei praktische Wirkungen verspricht und daß also die Deutschen keinen Anlaß zur Unruhe haben.

„Die letzten Attaken“

ist die Überschrift eines Leitartikels des „Kurjer Pozn.“ (Nr. 84), der sich ebenfalls mit der Posener Rede des Ministerpräsidenten beschäftigt. Dort heißt es unter anderem:

„General Sikorski tut alles, was nur möglich ist, um am Ruder zu bleiben. In der letzten Zeit hat er sich unter dem Einfluß der Nachrichten von den Verhandlungen der „Acht“ mit den Pjasten dazu entschlossen, in einigen Punkten mit dem bisherigen Linksystem zu brechen, wie es besonders seine in Posen gehaltene Rede beweist. Gleichzeitig aber zielt die Aktion der Kreise, die eine Weiterdauer seiner Herrschaft wünschen, mit aller Macht darauf hin, noch im letzten Augenblick eine Verständigung zwischen den Pjasten und der „Acht“ unmöglich zu machen. Zu diesem Zwecke werden unwahrscheinliche Dinge ausgedacht, wird versucht, auf die Pjasten einzuwirken, und auf der anderen Seite macht man noch einmal den Versuch, die „Acht“ durch Abspaltung einer bestimmten Gruppe der Gutsbesitzerkreise, besonders aus dem Posenschen, zu zerstreuen. Der Posener Aufenthalt des Generals Sikorski hatte außer der Absicht, in offentlichem Auftreten auf die breiten Schichten einzuwirken, den Zweck jener Aktion größeren Nachdruck zu verleihen. Es ist höchst charakteristisch, daß das, was man gegen die Solidarität mit der „Acht“ auszuspielen versucht, ausschlielich enge Klasseninteressen der Gutsbesitzer sind. Es handelt sich nämlich um die Agrarreform. Der Standpunkt des Nationalen Volksverbandes in dieser für die Zukunft Polens so wichtigen Frage war von Anfang an bestimmt. Wir standen immer auf dem Standpunkt, den alle aufgeklärten Landwirte mit uns teilten, daß die Agrarverfassung in Polen mangelhaft sei und daß eine Parzellierung des Grogrundbesitzes erstrebt werden müsse, um einen starken und lebensfähigen kleineren Landbesitz zu schaffen. Aber immer waren wir Gegner demagogischer Experimente, die im Ergebnis die Landwirtschaftsproduktion im Lande nicht sanieren, sondern ruinieren haben, und gegen die Vernichtung ausgezeichneter Landwirtschaftswerkstatzen, zumal im Namen der Volktrine. Diese Punkte haben uns auch bis jetzt vorgeschwebt. Die Agrarreform muß so durchgeführt werden, daß das Land einen wirklichen Nutzen davon hat. Die Verständigung mit den Pjasten über die Agrarreform muß gerade von diesen Gesichtspunkten aus erzielt werden. Die ausschlielichen Klasseninteressen müssen auf beiden Seiten in den Hintergrund rücken und dürfen kein Hindernis für die Verständigung bilden, von der geradezu die Verbesserung der Verhaltisse in Polen abhängt. Maßgebend für die Frage der Agrarreform müssen sachliche Rücksichten sein, die einerseits die Gewähr bieten, daß sie sich ohne Betrummung der Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion praktisch durchführen lässt, andererseits sie überhaupt technisch und finanziell möglich machen. Von Seiten der herrschenden Kreise gibt man bisher den Landwirten zu verstehen, daß die Agrarreform im Falle, daß General Sikorski am Ruder bliebe, in der Praxis überhaupt vom politischen Schauplatz verschwinden würde. Auf die Weise will man ihre ausschlielichen Klasseninteressen ausnutzen, um sie von den Parteien der „Acht“ zu trennen und in den sich vorbereitenden Grund für eine polnische Mehrheit Verwirrung zu bringen. Die Berechnungen bewegen sich hier zweifellos in zwei Richtungen. Einerseits will man auf diese Weise innerhalb der „Acht“ Tendenzen gegen die Agrarreform wecken, die eine Verständigung mit den Pjasten erschweren würden, andererseits gegebenenfalls eine Spaltung und Trennung der Gutsbesitzer von der „Acht“ herbeizuführen, was sie nach Annahme der Inspiratoren dieser Politik schwächen soll. In dieser Lage muß man sich über zwei grundlegende Momente klar werden. Das erste ist die unzweifelhafte Tatsache, daß die Agrarreform das Hauptpostulat der gesamten Landbevölkerung in Polen ist und daß sie sich wirklich absolut nicht vom politischen Schauplatz beseitigen lässt. Das zweite Moment ist auch eine unzweifelhafte Tatsache, nämlich daß im Falle einer kunftlichen Beseitigung und Verkorfung der Frage eine weitere Radikalisierung der Volksmassen in dieser Richtung erfolgen würde.“

Der „Kurjer“ verbreitet sich dann noch weiter über die Bedeutung der Agrarreform für die Landwirtschaft in Polen und zugleich für das Verhaltis der Parteien und sagt zur Person des Herrn Sikorski zurückkehrend, daß die Aktion der Kreise, die den Ministerpräsidenten zu inspirieren suchen, letzten Endes eine neue Verschärfung der Parteigegensatze herbeiführen müsse und daß die Posener Landwirte, die schon so oft Beweise ihres politischen Verstandes und ihres Patriotismus gegeben hätten, selbst den Weg erkennen würden, den sie diesen Fragen gegenüber einzuschlagen hätten.

Der eigentliche Sinn dieses Artikels ist ein vorsichtiges, halbes Abrücken von Herrn Sikorski nach der stürmischen Umarmung unter dem ersten Eindruck der Rathhausrede.

Der Ministerpräsident in Thorn.

General Sikorski traf am Mittwoch abend im Kraftwagen in Thorn ein und wurde vor dem Wojewodschaftsgebaude von dem Wojewoden Bzyski und dem stellvertretenden Korpskommandeur General Zemanek begrust. Im großen Saal der Wojewodschaft wurden dem Ministerpräsidenten die Beamten vorgestellt, und danach fand Empfang von Abordnungen statt. Nach einem vom Wojewoden im Amtshof gegebenen Essen reiste der Ministerpräsident um Mitternacht nach Warschau ab.

Sejm.

(Telephonischer Sonderbericht des „Pol. Tagebl.“)

Die erste Sitzung des Sejm nach den Feiertagen stand weniger stark unter dem Eindruck der drohenden Ministerkrise, als man nach vor wenigen Tagen erwarten mußte.

Die Verhandlungen im Sejm drehten sich um die Rohölfrage. Am Namen des Industrie- und Handelsausschusses verlangte der Abgeordnete Dunin in Verbindung von Rohöl für Fabriken, die gegenwärtig unter dem Mangel an Rohöl schwer zu leiden haben. Sogar die Regierungsfabrik für mineralische Öle in Drobobycz leidet Mangel. In Kriegszeiten könnten solche Verhältnisse die schwersten Folgen herbeiführen.

Abg. Diamand verlangt Zwangsorganisation zur Festsetzung der Preise. Die Raffinerien könnten bei weitem mehr verarbeiten, als die jetzige Produktion liefert. Da nun die Grenzen Polens anerkannt seien, könne Polen nun endlich mehr auf seine eigenen Bedürfnisse sehen, anstatt das Ausland mit Rohöl zu versorgen. Er verlangt ein Ausfuhrverbot für Rohöl, das solange wirksam bleiben müsse, bis die Raffinerien voll beschäftigt seien.

Ein Vorschlag Dunins, die Ausfuhr durch hohe Ausfuhrabgaben zu verbieten, fand wenig Anklang, da er in Wirklichkeit einem Ausfuhrverbot gleichkomme und daher überflüssig sei.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung (Amnestie) ergriff der Abg. Prilucki das Wort zu einer etwas scharfen aber doch berechtigten Kritik. Er führte aus, daß der jetzt vorliegende Gesetzentwurf der Willkür der Behörden weitesten Spielraum ließe und daß die Gefahr bestehe, daß gewisse Leute (und zu diesen dürften gerade Angehörige der Minderheiten zu rechnen sein) von den Segnungen des geplanten Gesetzes ausgeschlossen würden. Er forderte gründliche Durcharbeitung des Entwurfes im Ausschuß, der den einzelnen Abschnitten des Entwurfes festere, bestimmtere Gestalt geben und dem ganzen Entwurf erst Leben und Geist zuführen muß. Der Entwurf wurde dem Ausschuß überwiesen.

Geistl. Lutostawski spricht nun über die Blutrurteile in Rußland. Zahlreiche Geistliche der verschiedensten Glaubensbekenntnisse wurden bestraft, aber zum ersten Male habe das Sowjetgericht einen Geistlichen zum Tode geführt. Die Regierung müsse sich an die ganze zivilisierte Welt wenden, die einmütig gegen diese Vergewaltigung des Rechtes protestieren müsse. Lubkiewicz sei nicht nur als Märtyrer für Polen, sondern für die ganze Christenheit gefallen. (Sämtliche Abgeordneten einschl. der Juden erheben sich von ihren Sitzen.)

Der Antrag, daß die Regierung einen Aufruf an die ganze zivilisierte Welt richten soll, wird einstimmig angenommen.

Der Ukrainer Podhorski sucht vergeblich das Wort zu erhalten, um die Freilassung des Ukrainers Luckiewicz zu verlangen, der im Gefängnis von Luck Gungersfreit ist. Die Rechte lehnt es ab, Podhorski reden zu lassen.

Ein Vertreter des Justizministeriums teilt mit, daß der Befehl ergangen sei, Luckiewicz aus dem Gefängnis zu entlassen.

Der jüdische Klub forderte Erörterung der Ausschreitungen gegen die Juden am 5. April anlässlich der Demonstrationen gegen die Sowjeturteile, was in der nächsten Sitzung, die am Dienstag stattfindet, erfolgen soll.

Die Verhandlungen über Bildung einer Sejmmehrheit.

Die letzte Nummer des „Piastr“ veröffentlicht folgende Erklärung:

„Die Presse aller Parteilichkeiten hat sich in den letzten Tagen sehr lebhaft mit der Aktion des Vorsitzenden der Piastengruppe beschäftigt, die zur Schaffung einer polnischen Mehrheit im Sejm und zur Bildung einer parlamentarischen Regierung als Folge davon führen soll. Die Notwendigkeit dieser Mehrheit empfinden alle, für die die Republik kein Feld für Experimente, sondern der höchste Schatz ist, den das Volk besitzt und den es zu erhalten und zu stärken wünscht. Angesichts dessen, daß über das Thema der Aktion des Vorsitzenden Witos besonders Blätter, auf die nichtpolnische Elemente einen geringeren oder größeren Einfluß ausüben, ganz phantastische Meldungen gebracht haben, sehen wir es als geboten an, unsere Anhänger davon in Kenntnis zu setzen, daß die Beratungen, die der Vorsitzende Witos in Ausführung des ausdrücklichen Beschlusses der Volkspartei mit polnischen Parteien geführt hat, der Besprechung grundsätzlicher Staats- und Volksfragen gewidmet waren und die Festlegung eines Arbeitsprogramms für eine eventuelle Sejmmehrheit verfolgten. Das Ergebnis dieser Konferenzen wird vermutlich in der nächsten Zeit bekannt werden.“

Die Sejmausschüsse

haben am Donnerstag ihre Tätigkeit begonnen. In der Sitzung des Finanzausschusses, der sich mit der Ausarbeitung der Grund- und Rauchfangsteuer befahte, wurde das Projekt der Degression abgelehnt. Dagegen wurde der Progressionsvorschlag mit den Stimmen der Piasten, der Wyzwoleciengruppe, der Sozialisten und der Juden gegen die drei Rechtsparteien angenommen.

Ein neuer Sejmabgeordneter.

An die Stelle des verstorbenen Abg. Dr. Radziszewski tritt im Sejm der Generalsekretär des nationalen Volksverbandes Josef Kamecki.

Umgestaltung des Innenministeriums.

Die „Gaz. Warsz.“ erzählt, daß im Zusammenhang mit der gesamten Umgestaltung des Innenministeriums dort ein politisches Departement gebildet werden soll, in dem auch das Präsidialdepartement und ein Teil des Rechtsdepartements aufgehen werden.

Die Nationaldemokraten fordern ein Gesetz gegen die Kommunisten.

Der Nationale Volksverband hat sich in seiner Donnerstagssitzung mit der Ermordung des Präfekten Budkiewicz in Warschau befaßt und beschloß, von der Regierung ein Gesetz über die Bekämpfung des Kommunismus zu fordern.

Direkte Verbindung Warschau—Wilna.

Der Wiederaufbau der Eisenbahnbrücke über den Njemen bei Grodno ist beendet. Die Belastungsprobe findet am Montag statt. Am 1. Mai soll eine direkte Verbindung Warschau—Wilna in Kraft treten.

Die Heiligprechung des Prälaten Budkiewicz regte im „Kurjer Warszawski“ der Senator Kosłowski an.

Die Liquidierung deutschen Besitzes.

Der Liquidationsausschuß hat folgende Objekte für die Zwangsliquidierung qualifiziert: 1. das Landgut Sarnowo im Kreise Namysłów, 660 Hektar (Besitzer: Dugos); 2. das Landgut Wesoły im Kreise Kartusko, 88 Hektar (Besitzer: Kalinin); 3. die Mühle Kawa im Kreise Mogilno (Besitzer: Firma Kamla-mühle Tow. z ogr. por.).

Eine Beratung über Liquidationsfragen.

Anlässlich der Rede des Ministerpräsidenten Sikorski in Posen fand eine Konferenz zwischen dem Vorsitzenden des Hauptliquidationsamtes, Karsznicki, dem Vorsitzenden des Liquidationsamtes in Posen, Zoltonski, und dem Posener Wojewoden, Grafen Bniński, statt. Behandelt wurde die Angelegenheit der Liquidierung der deutschen Güter in den Westgebieten. Es wurden eine Reihe Beschlüsse gefaßt, die die Ausführung der Liquidation der deutschen Güter im Laufe eines Jahres zum Zwecke haben. Der Ministerrat beschloß, mit den jetzigen Methoden der freundschaftlichen Unterhandlungen zu brechen und Zwangsliquidierungen einzuführen. Entscheidend bleibt in den einzelnen Fällen der Einfluß des Wojewoden. Das Finanzministerium hat dem Liquidationsamt einen vorläufigen Kredit von 10 Milliarden angewiesen, der bedeutend erhöht werden soll. Der polnischen Gesellschaft für Vorkriegskredite in Posen wurde ein langfristiger Kredit unter Vorkriegsbedingungen gewährt.

Ein Fliegerunglück in Krakau.

Unter Warschauer Sonderberichterstatter berichtet uns von einem Fliegerunglück in Krakau, bei dem der Beobachter Deutnant Dabrowski, der Flugzeugführer Stefanel und ein Bäckergehilfe den Tod fanden, folgendes:

Das Flugzeug fiel angeblich infolge Flügelbruchs auf das Dach eines vierstöckigen Hauses. Dabrowski schlug sich den Bauch auf und kurz darauf auf einen Balkon, wo er sich den Kopf zerhackte und starb. Das Flugzeug fiel von diesem Hause weiter auf ein weißes Haus, durchschlagend das Dach, und in der Wohnung des Bäckergehilfen Ziarkowski explodierte der Motor. Ziarkowski, der die Nacht durchgearbeitet hatte, lag zu Bett und schlief. Er verbrannte vollständig. Seine drei Kinder hatten glücklicherweise kurz zuvor die Wohnung verlassen, und seine Frau befand sich seit einigen Tagen bei ihrer Familie. Die Explosion war so heftig, daß sämtliche Fensterscheiben im Hause sprangen. Zwei Personen, die sich zufällig auf der Treppe befanden, wurden an die Wand geschleudert und schwer verwundet.

Eine bedeutsame höchstichterliche Entscheidung.

Während in Deutschland bereits seit längerer Zeit eine umfangreiche Judikatur, insbesondere des Leipziger Reichsgerichts, über die Frage der sogenannten clausula rebus sic stantibus, d. h. über den Einfluß der veränderten Wirtschaftslage und der Geldentwertung auf bestehende Verträge, vorliegt, sind die polnischen Gerichte, obwohl doch hier für den Fragenkomplex die gleichen Rechtsätze und die gleichen wirtschaftlichen Erwägungen maßgebend waren wie drüben, nur zögernd an richterliche Eingriffe in den Buchstaben einmal geschlossener Verträge gegangen. Neuerdings erst hat sich das Oberste Gericht in Warschau in Entscheidungen auf einen dem Leipziger Reichsgericht analogen Standpunkt gestellt. Wir sind in der Lage, die Begründung eines solchen Urteils in Übersetzung wiederzugeben, das zugleich einige andere praktisch rechtlich bedeutsame Rechtsfragen behandelt, die mit der Verordnung des Obersten Volksrats über Auflassungsgenehmigungen zusammenhängen. Die Urteilsbegründung sagt darüber:

„Zunächst ist vor allem die Grundvoraussetzung der Revision, als wäre die Verordnung des Kommissariats des Obersten Volksrats vom 25. Juni 1919 lediglich eine Novelle zur deutschen Bundesratsverordnung vom 15. März 1918. Die polnische Verordnung vom 25. Juni 1919 ist weder vom Gesichtspunkt der gesetzgeberischen Technik noch materiell eine Novelle zur deutschen Verordnung vom 15. März 1918. Formell ist sie keine Novelle, weil sie sich überhaupt nicht auf die deutsche Verordnung bezieht, und materiell nicht, weil der in den beiden Verordnungen geregelte Gegenstand nicht identisch ist; verschieden waren die Lebensnotwendigkeiten, die zum Erlaß jener Verordnungen führten, verschieden ihr gesetzgeberischer Zweck. Die deutsche Verordnung vom 15. März 1918 ist eine Kriegsverordnung, erlassen als ein Glied in der Kette der Kriegsorganisation der Bevölkerungsernährung Deutschlands im europäischen Kriege. Es ergibt sich das unzweifelhaft aus § 13 Zfr. 1 und § 6 der erwähnten Verordnung. Deshalb enthält auch zwecks Erzielung der höchsten landwirtschaftlichen Produktion der § 3 Zfr. 2 die Vorschrift, daß ein landwirtschaftliches Grundstück nur in Händen eines Berufslandwirts sein soll. Damit verbindet sich ein zweiter Zweck, nämlich der, daß Land nicht in die Hand reichgeworbener Kriegsspekulanten übergehen soll (§ 3 Zfr. 5), was zur Landlosigkeit von Berufslandwirten und zur Verringerung der landwirtschaftlichen Erzeugung führen könnte. Die ganze Verordnung ist lediglich für eine Übergangszeit gedacht, was aus der Bestimmung des § 10 hervorgeht, daß der Bundesrat den Zeitpunkt des Aufhebens der Verordnung bestimmt. Im Gegensatz zur deutschen Verordnung vom 15. März 1918 trägt die polnische Verordnung des Kommissariats des Obersten Volksrats, obwohl in Eile und zur Zeit des Aufstandes erlassen, durchaus nicht die Merkmale der Vorläufigkeit, sondern will grundsätzlich den gesamten Grundstücksverkehr regeln. In Sorge darum, daß das Land als Grundlage des nationalen Daseins nicht — namentlich in revolutionären Zeitaltern — in die Hand politisch unzulässiger Leute käme, und im Einklang mit dem auf Agrarreform zielenden Geist der Zeit erließ das Kommissariat des Obersten Volksrats gleichzeitig mit der Bildung des Anstellungsamtes — vgl. Vdg. v. 25. Juni 1919, Thobnik Urzędowy Pol. 73 — eine Verordnung, die sich auf den Umsatz von Grundstücken jeder Art bezog.“

Die Entstehungsgründe beider Verordnungen wie auch ihr Zweck sind also verschieden. Sie regeln auch nicht ein- und dasselbe Rechtsgebiet. Die deutsche Verordnung betrifft nämlich nicht nur die Eigentumsübertragung, sondern auch die Bestellung von Nutzungsgerechten an landwirtschaftlichen Grundstücken, während die Verordnung des Kommissariats lediglich die Frage der Eigentumsübertragung regelt. Aber auch dies Gebiet umfaßt die polnische Verordnung in weiterem Maße als die deutsche. Die Verordnung vom 15. März 1918 betrifft nämlich nur landwirtschaftliche Grundstücke von mehr als 5 Hektar, während die Verordnung des Kommissariats vom 25. Juni 1919 alle Grundstücke ohne Ausnahme, ländliche sowohl wie städtische, im Auge hat.

Danach kann keine Rede davon sein, daß die Verordnung des Kommissariats vom 25. Juni 1919 eine Novelle zur deutschen Verordnung vom 15. März 1918 sein sollte. Sie ist ein besonderes Gesetz, das teilweise dasselbe Rechtsgebiet regelt wie die deutsche Verordnung. Da aber gemäß Art. 2 des Gesetzes vom 1. August 1919 (Dz. Praw Pol. 385) beide Verordnungen grundsätzlich weiter gelten, ist im Wege der Auslegung festzustellen, welche Änderungen in den Rechtsverhältnissen die spätere polnische Verordnung vom 25. Juni 1919 durch eben die Tatsache hervorgerufen hat, daß sie zum Teil dasselbe Gebiet anders regelt als die frühere deutsche Verordnung vom 15. März 1918.

In dieser Hinsicht ist zu unterstreichen, daß die Verordnung vom 25. Juni 1919 Fragen der Nutzung von Grundstücken überhaupt nicht regelt. Deswegen können Vor-

Ameritanisches Copyright 1921 bei Carl Dunder, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(70. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Aber hier wirkte schon Vogelreuthers Vorarbeit: kaum hatte Fernleitner den Saal betreten, da empfing ihn auch schon das schallende Gelächter Bobraschels und seiner Tafelrunde, und der Dichter hatte Mühe, sich verständlich zu machen. „Na, großer Dichter, was ist mit Eurem Bergsturz?“ johlte Bobraschel.

„Ehe der Morgen graut, wird ein gewaltiger Bergsturz das Hotel vom Erdboden fortgerafft haben!“ entgegnete Fernleitner ruhig.

Aber wieder rang ihm wiederndes Gebrüll entgegen, das sinnlose Geschrei einer vom Alkohol halb besinnungslos gewordenen Horde. Spottrufe wurden laut, einige Betrunkene drängten sich an Fernleitner heran, um ihn zu verhöhnen, und ein stier ins Leere glotzender halbwüchsiger Jüngling warf in seinem Rauche ein Weinglas nach ihm.

Da wandte sich Fernleitner angewidert ab. Diese zuchtlose Rote war nicht wert gerettet zu werden, und es kam ihm plötzlich vor, als hätte er aus dem ganzen Hotel lediglich einen Menschen mitzunehmen: Ruth.

Er schritt aus dem Saal und begann die Treppen emporklimmen. Da trat ihm im ersten Stock ein Schwarm Kellner entgegen, die Vogelreuther inzwischen durch die Lüge, Fernleitner werde sie um Brot und Stellung bringen, gegen ihn aufgefächelt hatte. Sie waren teilweise mit Stöcken bewaffnet und versperrten ihm den Weg zu den oberen Stockwerken.

„Platz gemacht!“ donnerte Fernleitner sie an und schleuderte den ersten, der ihm entgegen zu treten wagte, mit einem so furchtbaren Ruck an die Wand, daß er dort taumelnd zusammenbrach.

Aber die Masse der übrigen schloß die entstandene Lücke wieder, und finster drohend verwehrte ihm ein halbes Duzend handfester Männer den Weg nach der Höhe. Da rief er laut und schallend wieder und wieder Ruths Namen und brachte

dadurch das ganze Hotel in Bewegung. Aus allen Zimmern stürzten Gäste zu fragen, was es gäbe; das Treppenhaus füllte sich mit Menschen, der Austritt wurde zum Standal.

Vogelreuther, der die Entwicklung der Dinge aus sicherer Entfernung verfolgte, war sehr ungehalten über die Wendung. „Vorwärts, macht den Verriichten endlich unschädlich!“ schraubte er, und alsbald rückte die Phalanx der Kellner auf neue gegen Fernleitner vor.

Der Dichter verteidigte sich mit dem Mute der Verzweiflung, warf ein paar der Andrängenden zu Boden und rief noch zu wiederholten Malen mit äußerster Kraftanstrengung Ruths Namen. Dann aber traf ihn der Hieb eines Degenshodes dicht über dem Auge, ein breiter Plustriahl brach aus der schlaffenden Wunde. Fernleitner taumelte noch einige Schritte vorwärts, dann brach er, noch immer den Namen Ruths auf den Lippen, brennend zusammen.

Der Tat folgte lähmendes Erschrecken, alles starre entsetzt auf den Kellner, der den Schlag geführt hatte, und selbst Vogelreuther zeigte sich äußerst ungehalten über den Vorfall, obwohl er Fernleitner den Unfall von Herzen gönnte.

Tagegen war es ihm wirklich äußerst peinlich, daß in seinem vornehmen Hotel ein solcher Austritt stattgefunden hatte, und er fand es unendlich mißlich, daß noch immer hundert neugierige Augen auf den Verwundeten starren.

„Vorwärts, bringt ihn in irgendein Zimmer und ruft einen Arzt!“ gebot er den Kellnern, die unschlüssig um den Ohnmächtigen standen.

Eilfertig hoben sie ihn auf und trugen ihn in ein leerstehendes Kabinett, indes sich die Menge langsam zu verlaufen begann. Dort ließen sie ihn liegen, ohne sich weiter um ihn zu kümmern; denn jeder war bestrebt, seine Beziehungen zu der Tat nach Möglichkeit zu verwischen.

Auf der hohen Terrasse aber hatte Ruth mitten in ihrem beginnenden Zauberschlaf hinein den Klang ihres Namens gehört. Er war wie ein Posaunenruf aus fernem Welten an ihr Ohr gedrungen und hatte sie aus dem Taumel des beginnenden Opiumrausches zurückgerissen in die Wirklichkeit.

Lauros hielt sie im Tanze inne, lautlos legte sie die Pfeife aus dem Mund, lautlos stahl sie sich aus dem Kreise der Ein-

schlafenden davon und schritt in ihrem leichten Kostüm den Gang entlang, die Treppen hinab, dem Klange der Stimme nach, die ihr wie Musik in die Ohren tönte.

Aber als sie das erste Stockwerk erreichte, stand niemand in den Gängen außer einem blaffen, jungen Kellner, der sie halb verlegen, halb neugierig betrachtete.

„Hier hat doch jemand meinen Namen gerufen?“ wandte sie sich an ihn.

Der Angeredete gab zuerst ausweichende Antworten. Dann aber begann er, von dem starken Gefühl, das aus Ruth sprach, mächtig beeinflusst, südwestlich den Fergang der Sache zu erzählen und führte sie schließlich nach dem Zimmer, in dem Fernleitner lag.

Mit einem milden Ausschrei des Schmerzes warf sich Ruth über den Körper des Bewußtlosen, und dem Kellner gelang es erst allmählich, sie davon zu überzeugen, daß Fernleitner noch lebte.

Gemeinsam wuschen sie ihm dann die Wunde aus, versuchten einen Verband anzulegen und Fernleitner zum Bewußtsein zurückzurufen.

Aber es dauerte eine geraume Zeit, bis er die Augen öffnete und, als er sich endlich, wirt um sich blickend, ein wenig aufzurichten begann, kam ihm plötzlich wieder der Gedanke an den bevorstehenden Bergsturz, und aufgeregter stieß er hervor: „Fort, fort, die Katastrophe kann jeden Augenblick beginnen!“

Ruth glaubte zuerst, er phantasierte. Aber als er ihr dann in fliegenden Worten mitteilte, was geschehen war, begann sie zu begreifen und drängte selbst dem Ausgang zu, mit Entsetzen gewahrend, daß Fernleitner immer noch taumelte und gar nicht sicher auf den Füßen stand.

„Helfen Sie mir!“ bat sie den Kellner, und „kommen Sie mit mir nach der oberen Hochalm, dann retten Sie wenigstens Ihr Leben!“

Der Kellner nicht verstimmt und führte Ruth und Fernleitner dann über Gänge und Treppen einem fast unbemerkten Seitenausgang zu, durch den sie unbemerkt das Freie erreichten.

(Fortsetzung folgt.)

Artikel der deutschen Verordnung vom 15. März 1918 bezüglich dieses Gebietes durch die Verordnung vom 25. Juni 1919 wieder aufgehoben noch geändert sein und verbleiben weiter in Kraft.

Danach kann man sich zwecks Auslegung der polnischen Verordnung vom 25. Juni 1919 nicht hängen an den Inhalt der deutschen Verordnung vom 15. März 1918, namentlich auf § 1 dieser Verordnung. Deswegen ist es gleichgültig, ob nach dieser Vorschrift die deutsche Verordnung die Genehmigung nicht nur für die Auflassung erfordert, sondern auch für den die obbligatorische Verpflichtung zur Eigentumsübertragung des Grundstücks enthaltenden Vertrag.

Aus obigen Gründen ist anzunehmen, daß Art. 1 der Verordnung des Kommissariats des Obersten Volksrats vom 25. Juni 1919 die schriftliche Genehmigung des Anstellungsamts in Posen zur Auflassung von Grundstücken im Sinne des § 925 B. G. B. nicht aber die Genehmigung zum Abschluß des obligatorischen, die Verpflichtung zur Eigentumsübertragung von Grundstücken enthaltenden Vertrages erfordert.

Von obigem Gesichtspunkt aus ist auch die Auslegung des Ausdrucks im notariellen Kaufvertrag vom 4. Februar 1920 vorzunehmen, der da besagt, daß die Parteien den Vertrag schließen „unter Vorbehalt der Bestätigung des Anstellungsamts“. Dieser Ausdruck ist so zu verstehen, daß die Parteien sich vorbehalten, daß das Anstellungsamt die Genehmigung zur Auflassung erteilt. Sätte ein derartiger Ausdruck eine andere Bedeutung haben sollen, dann hätte das ausdrücklich im Vertrag gesagt sein müssen, da normalerweise anzunehmen ist, daß die Parteien nur eine solche Genehmigung seitens der Behörde begehren, wie sie gesetzlich vorgeschrieben ist und nicht übergehen werden darf.

Diese Genehmigung erteilt das Anstellungsamt auf Grund des Art. 1 der Verordnung des Kommissariats des Obersten Volksrats vom 25. Juni 1919. Am vorliegenden Fall hatte das Anstellungsamt ursprünglich keine Genehmigung durch Entscheidung vom 19. März 1920 diese Genehmigung erteilt. Die Revision geht davon aus, daß infolge der ersten abschließenden Entscheidung der Vertrag seine Geltung verloren habe. Aber schon aus dem oben Angeführten, namentlich daraus, daß der Genehmigung nur die Auflassung, nicht aber der obligatorische Vertrag bedarf, ergibt sich, daß, da der obligatorische Vertrag grundsätzlich unabhängig ist vom dinglichen Auflassungsvertrage, die Nichterteilung der Genehmigung zum dinglichen Vertrage und die dadurch bewirkte Unmöglichkeit seines Abschlusses, noch nicht die Unmöglichkeit des obligatorischen Vertrages herbeizuführen braucht, besonders wenn man berücksichtigt, daß die nachfolgende Unmöglichkeit der Leistung gemäß § 275 B. G. B. grundsätzlich noch nicht die Auflösung des Vertrages nach sich zieht.

Wenn jedoch der obligatorische Vertrag gültig ist und trotzdem auf seiner Grundlage die Auflassung nicht erreicht werden kann, erhebt sich die Frage, wie lange die Parteien durch einen solchen Vertrag gebunden sind, wenn nicht seine freiwillige Aufhebung erfolgt.

Zur Beantwortung dieser Frage ist vor allem festzustellen, ob die abschließende Entscheidung des Anstellungsamts nicht angefochten werden kann und ob es nicht möglich ist, eine abändernde Entscheidung zu erlangen, auf Grund deren die Erfüllung des obligatorischen Vertrages gegeben wäre.

In dieser Hinsicht ist vor allem zu unterstreichen, daß die Verordnung vom 25. Juni 1919 keinerlei Rechtsmittel festsetzt hat. Wegen der Entscheidungen des Anstellungsamts auf Grund der gedachten Verordnung gibt es also kein Rechtsmittel. (Schluß folgt.)

am Sonntagmorgen gegen 5 Uhr von unbekannter Seite die Kanalbrücke gesprengt. Die Wassermassen des Kanals stürzten mit wildem Toben in die Gmsher. Mehrere Holzbrücken, die dem gewaltigen Wasserdruck nicht standhalten konnten, wurden hinweggeschwemmt. Der Herner Hafen und weite Strecken des Kanals waren in wenigen Stunden fast völlig wasserlos. Zahlreiche beladene Kohlenflöße sind umgekippt.

Auf die Austreibung von 106 Eisenbahnerfamilien bei Trier folgte programmäßig, wie angekündigt, eine zweite derartige Schandtat. Französisches Militär räumte am Montag mittag gewaltsam die zweite Trierer Eisenbahnerkolonie St. Pauli, dadurch werden weitere hundert Familien obdachlos. Auch in Koblenz wurden 40 Eisenbahnerfamilien auf die Straße geweht. Im Pfälzer Bezirk sind seit den Feiertagen 70 Beamte ausgewiesen worden.

Im Laufe des 8. und 9. April sind von den Franzosen außer den bereits gemeldeten noch folgende Zechen besetzt worden: Zeche Johann bei Daimelsberg, Joachim, Katharine und Hubert bei Strah-Süd, Mathias Stinnes, Schacht 3 und 4 bei Hock; fremde Arbeiter sind, soweit festgestellt, noch nicht dort beschäftigt, doch sind in Rastrop Mittwoch morgen 350 ausländische Arbeiter eingetroffen. Im Laufe des Dienstagmorgens sind weitere 250 fremde Arbeiter eingetroffen. Die für die Zechen Schwerin und Grin bestimmt sind. Unter den fremden Arbeitern befinden sich solche aus Belgien und Polen. Auf der besetzten Zeche Mont Cenis streikt die Belegschaft; der verhaftete Generaldirektor ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Infolge Besetzung der Zeche Mathias Stinnes ist die Gaszufuhr nach Dortmund eingestellt. Desgleichen ist für den Solinger Bezirk die Gasbelieferung unterbrochen.

Die Stadt Duisburg wurde mit einer Geldstrafe von 75 Millionen Mark belegt, weil an den Telegraphenleitungen Sabotage verübt sei. Der Stadt Mettmann wurden 30 Millionen Mark auferlegt, weil angeblich ein Attentat auf einen französischen Offizier verübt wurde, der dabei gar nicht verwundet ist.

Daß Deutschland die Ruhrbesetzung noch lange ertragen kann, ist eine offenkundige Tatsache. Ein Zeugnis dafür sind auch die französischen Drohungen in der neuesten Note, daß man Hamburg und Dresden bombardieren und den Hauptbahnhof von Kassel besetzen wolle. Man fühlt schon, daß man Deutschland so nicht beikommen. Es wird von maßgebenden Stellen im Ruhrrevier, wie die „D. Tagesztg.“ mitteilt, erklärt, daß jeglicher Optimismus, den man in Deutschland gehegt habe, durch die Wirklichkeit weit übertroffen werde. Die erste Gefahr war Arbeitslosigkeit, in der nicht nur wirtschaftliche und soziale, sondern auch beträchtliche politische Gefahren lagen. Sie ist wider alles Erwarten überhaupt nicht eingetreten, da man es verstand, einen Teil der Belegschaften mit solchen Arbeiten zu beschäftigen, die zunächst unproduktiv, aber für die Zukunft wertvoll sind: Vorbereitungsarbeiten, Instandsetzungen, Ausbauten usw. Die zweite große Sorge war der Absatz. Schon in normalen Zeiten wurden etwa 50 Prozent der Roheisenproduktion vom Ruhrrevier selbst aufgenommen. Auch der weiterverarbeitenden Industrie werden aus dem Revier selbst mannigfache Aufträge erteilt. Ferner wird in größerem Umfang auf Lager gearbeitet. An einzelnen Stellen suchten die Franzosen allerdings die Produktion durch allerlei Eingriffe zu stören, zum Beispiel durch Abreißen der Seilbahnen, die die Zechen mit den Werken verbinden. Im allgemeinen freilich ist die Reibung der Franzosen, die Reibungsflächen mit den Arbeitern zu vergrößern, nicht sehr beträchtlich. Der Gedanke an Massen außerhalb der Fabriken, auf der Straße, stimmt sie bei ihrer bekannten Angst und Nervosität im allgemeinen nachdenklich.

Gegenüber Berlin findet sich in der Ruhrbevölkerung vielfach Mißtrauen. Man fürchtet gewisse Kreise, die zu einer unangebrachten Nachgiebigkeit raten. Indessen ist die Wirtschaftslage im Revier in Verbindung mit der herrschenden kalten Entschlossenheit, in der sich Industrielle und Arbeiter vollkommen einig und gleich sind, ein Trumpf von starker Wirkung. Wie aus der letzten Rede des Reichskanzlers hervorgeht, ist die deutsche Regierung gesonnen, diesen Trumpf mit voller Wirkung auszuspielen.

Deutsches Reich.

Auf die Straße geworfen. Durch französische Gendarmen wurden heute mittag auf der Station Flörsheim 16 Eisenbahnbedienstete mit ihren Familien kurzerhand aus den Dienstwohnungen auf die Straße geworfen. Der Vorstand von Wipperfurth, Dr. Wessel, wurde gestern von den Franzosen verhaftet und heute morgen nach Düsseldorf ins Militärgefängnis gebracht. Der Grund ist unbekannt. Der aber vier Wochen von den Franzosen in Haft gehaltene Polizeirat Schwarz wurde gestern durch das französische Kriegsgericht in Witten angeklagt wegen Nichtausführung eines Beschlusses zu einem Jahr Gefängnis und zehn Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Rücktransport von Russen über Stettin. Am Sonnabend hat von Stettin aus eine etwa 500 Mann starke Gruppe ehemaliger russischer Kriegsgefangener sowie Kriegsteilnehmer der Armeen Denikins, Wrangels, Bermonds usw. ihre Heimreise nach Rußland angetreten. Die Ransel-Hilfe finanziert den Transport bis Neval.

Freistaat Danzig.

Danzig vor dem Völkerbund.

Auf der nächsten Tagung des Völkerbundesrates, die vom 16. April an in Genf stattfindet, werden folgende Danziger Fragen behandelt werden: 1. Verpachtung von Gelände und Gebäuden, die Eigentum des Polenaussschusses sind. 2. Die bei dem Polenaussschuß zu gebrauchenden Sprachen. 3. Einrichtung einer polnischen Eisenbahndirektion in Danzig, die die außerhalb des Danziger Gebietes liegenden Eisenbahnen verwaltet. 4. Anspruch der polnischen Regierung an die Danziger Regierung auf Erstattung der für den Dampf „Guebwiller“ gezahlten Liegegebühren. 5. Einrichtung einer polnischen Buefpostverteilungsstelle auf dem Hauptbahnhof in Danzig.

Aus aller Welt.

De Valera verhaftet. De Valera, der bekannte Führer der irischen revolutionären Bewegung, soll nach einer Meldung aus London von der rechtmäßigen Freistaatsregierung gefangen genommen worden sein. Gleichzeitig ist Dan Breen, ein früherer Verfechter der irischen Republik, gefangen gesetzt worden. Brian Lynch, der Chef der Revolutionsarmee, der bei einem Kampfe verwundet wurde, ist seinen Verletzungen erlegen. Es ist anzunehmen, daß die irische Revolution mit De Valeras Gefangennahme ihr Ende erreicht. Die Lage der Revolutionäre hat sich in der letzten Zeit bedeutend verschlechtert, besonders da die ersten Führer verloren gingen. Man nimmt an, daß ein bedeutender Widerstand nicht mehr geleistet werden wird. Gegenwärtig sind lediglich Frauenführer, Fräulein Mac Swiney, die Schwester des Bürgermeisters von Cork, der bekanntlich freiwillig in den Dungenord gegangen ist, und die Gräfin Markievich. Die langen Kämpfe haben den Iren schwere Verluste an Menschenleben und materiellen Werten gebracht. Die Regierung des freistaates hat viel Aufbauerarbeit zu leisten, um die Wunden zu lindern. Daß normale politische und wirtschaftliche Verhältnisse eintreten, ist vorberhand nicht zu erwarten.

Frankreich droht mit weiteren Maßnahmen.

Scharfe französische Note. — Niederlage des englischen Kabinetts. — England bleibt untätig. — Bisher gegen 50 Deutsche im Frieden getötet. — Zerstörung des Rhein-Herne-Kanals. — Von neuem acht Zechen besetzt. — Der Haupttrumpf der deutschen Regierung.

Kreise, die dem Quai d'Orsay nahestehen, erklären, daß die französische Regierung am Freitag vergangener Woche wegen der Essener Vorgänge durch die französische Botschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt eine Note hat überreichen lassen, die in besonders scharfer Form gehalten ist. Über den Inhalt dieser Note wird in Pariser Kreisen vorläufig nicht strengstes Stillschweigen bewahrt. In Berliner amtlichen Stellen war Dienstagabend von dieser Note noch nichts bekannt. Gleichzeitig wird von französischer Seite anscheinend sehr gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß an Deutschland in kurzer Zeit eine Aufforderung gerichtet werden soll, für die Lösung des Reparationsproblems bestimmte Vorschläge zu machen. Es verlautet sogar, daß diese Forderung einen ultimativen Charakter tragen werde. Ferner wird hinzugefügt, daß, wenn Deutschland dieser Aufforderung nicht nachkam, mit einer Art Blockade der Häfen von Bremen und Hamburg gedroht würde. Truppenbewegungen oder unmittelbare militärische Maßnahmen seien anscheinend noch nicht ins Auge gefaßt, wohl aber solle durch alliierte Kriegsschiffe auf hoher See die Ein- und Ausfahrt nach beiden Häfen kontrolliert werden.

Das englische Kabinett erlitt am Dienstag im Unterhaus bei einer Abstimmung in der inneren Politik über den Punkt „Auszahlung an ehemalige Kriegsteilnehmer“ mit 138 gegen 145 Stimmen eine Niederlage. Als das Ergebnis der Abstimmung bekannt wurde, wurden Rufe nach Demission der Regierung laut. Die Mitglieder der Opposition wie die Arbeiterabgeordneten verlangten das Erscheinen des Premierministers. Nach kurzer Debatte wurde auf Vorschlag des Arbeiterführers Ramsay MacDonald die Sitzung der Kammer auf Mittwoch vertagt. Als die Zahlen der Abstimmung bekanntgegeben waren, erhoben sich die Mitglieder der Opposition und brachen in lang andauernde Weisallrufe aus. Mehrere Mitglieder winkten mit Taschentüchern, warfen Schriftstücke in die Luft und schrien: „Zurücktreten, macht Eure Wahlauftrufe fertig!“ Die Szenen dauerten mehrere Minuten lang. Die Niederlage der Regierung erfolgte bei der rein technischen Frage, ob die Beratung des Etats für den Zivildienst fortgesetzt werden soll. Die Abstimmung über die technische Frage kam unerwartet und viele Anhänger des Ministeriums waren abwesend. Es ist noch nicht bekannt, ob die Niederlage der Regierung politische Folgen nach sich ziehen wird. An den Wandelgängen des Hauses wurde die Niederlage der Regierung eifrig besprochen. Die Anhänger des Ministeriums geben zu, daß trotzdem es eine technische Frage ist, bei der die Regierung nachgeben wurde, dadurch eine mißliche Lage geschaffen worden ist, und das Ansehen der Regierung gelitten hat. Wie verlautet, wird die Regierung wahrscheinlich in sehr kurzer Zeit dem Hause den Antrag wieder unterbreiten, bei dem sie geschlagen wurde und so die Abstimmung angehen, in welchem Falle keine Krise entstehen würde.

Seltene Phantasien finden sich in dem englischen Blatt „Evening Standard“. Unter der Überschrift: „Frankreichs Entschuldigungsstunde“ schreibt eine „hohe diplomatische Autorität, die nicht genannt sein will“, u. a. über einen bevorstehenden neuen Weltkrieg. Da die Franzosen sich zu Zwangsmaßnahmen entschlossen hätten, so könnten sie auf diesem Wege schwerlich Halt machen. Wenn sie also Deutschland nicht durch die Absperrung vom Ruhrgebiet gefügig machen könnten, so sei nicht zu bezweifeln, daß sie um den Juni herum zu „schlimmeren Maßnahmen“ übergehen würden. Es sehe ganz danach aus, und es lägen Anzeichen dafür vor, daß sie dann nicht mehr mit systematischer Besetzung, sondern mit fliegenden Kolonnen arbeiten würden. Diese

würden in das innere Deutschland eindringen, die hauptsächlichsten Eisenbahnknotenpunkte, wie Kassel, besetzen und hierdurch den ganzen Eisenbahnverkehr lähmen. Eine solche Invasion könne aber zu einem Guerillakrieg führen, „denn Deutschland sei nicht so waffenlos, wie es scheint“. Es besitze eine Handelsflotte, die jederzeit zu kriegerischen Zwecken benutzt werden könne. Dieser Ausbruch würde Polen isolieren, das den gegenwärtigen Konflikt mit unverhöhlener Furcht betrachte, und es einem Angriff Rußlands aussetzen. Hierdurch würden automatisch Rumänien, Bulgarien und Ungarn, das höchst bezeichnenderweise Kemal Pascha einen Ehrenfabel überhand habe, in den Krieg hineingezogen. Es folgt dann der eigenartige Satz: „Tatsächlich kann, wie im Jahre 1914, ein bewaffneter Zusammenstoß in Hannover nicht isoliert bleiben, denn ein derartiger Zusammenstoß hat eine Kette von anderen zur Folge.“ Die englische Regierung indessen muß die Lage doch wohl noch nicht für so gefährlich ansehen, denn in ihrem Auftrage erklärte Mac Neil, die britische Regierung glaube, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Ansicht teile, daß eine Intervention in der Ruhrfrage im Augenblick keinen nützlichen Zweck haben würde. Die französische Propaganda und die angelsächsische Langsamkeit des Denkens wirken wohl zusammen, um eine Verständigungsaktion hintanzubalten. Auch Belgien sucht sich in Amerika angenehm bemerkbar zu machen, indem es seine Absicht erklärt, sofort mit der Zinszahlung für seine amerikanischen Schulden zu beginnen, ohne die Initiative Frankreichs oder Italiens abzuwarten. Die belgischen Finanzen, die so wie so schon durch die Ruhraktion schwer belastet werden, werden dadurch sich immer unangünstiger gestalten.

England wagt aus dem Grunde nicht, gegen die Besetzung des Ruhrgebietes zu protestieren, weil es das Gefühl hat, daß es im Ernstfalle, wenn es zum Kriege mit Frankreich käme, sich in einer ziemlich gefährlichen Lage befinden würde. Besonders die französische Luftflotte stellt eine ernste Bedrohung dar und würde sofort einen Angriff auf London versuchen. Aus diesem Gefühl der Unsicherheit heraus baut England mit Energie seine Luftflotte aus. Nach Meldungen von Londoner Blättern werden im Auftrage des Luftfahrtministeriums 12 neue Typen von Flugzeugen gebaut, die vom kleinsten Erkunderflug bis zum Luftbrennflug gehen. Ein Küstenverteidigungsflugzeug wird, mit einem Motor von 100 Pferdekraften versehen, eine Geschwindigkeit von nahezu drei englischen Meilen in der Minute entwickeln und fünf Personen an Bord führen können.

Indessen geht die Franzosenwirtschaft am Rhein und an der Ruhr weiter ihren Gang. Es wird weiter gemordet, geplündert, geschändet, gemißhandelt. Seit den 11. Januar, dem Tage des Beginns der Ruhrbesetzung durch die Franzosen und Belgier, sind im ganzen 48 Deutsche durch die Besetzungstruppen getötet worden. In der letzten Nacht ist wieder einer der in den Kruppischen Werken schwer Verletzten gestorben, so daß die Zahl der Toten in den Essener Werken sich auf 14 erhöht hat. Dabei muß man bedenken, daß all dies im Frieden verübt wird. Die Ruhrbesetzung war doch sogar nach der Erklärung Poincarés ein friedliches Unternehmen, die Truppen eigentlich nur zum Schutz der Ingenieurmission bestimmt. Wozu dann die Kriegsgerichte, die Willkür der Soldatenherrschaft, die Erschießungen Wehrloser?

Wie berichtet kürzlich von dem fortbauenden Mißgeschick, das den Rhein-Herne-Kanal, die Hauptwasserader des Ruhrgebietes betrifft. Jetzt ist er durch ein Attentat endgültig unbrauchbar gemacht worden. An der Stelle, an der der Rhein-Herne-Kanal bei Henrichsburg über die Gmsher führt, wurde

T. Meyling, Poznań, ul. Pocztowa 10, Tel. 2720. Lieferant für Landwirtschaft und Industrie...

PROTOS 10/30 PS., sechsfach bereift, mit allen Schilfen verlaufen...

Sander & Brathuhn, Poznań, Tel. 4019, ul. S. w. Mielżyńskiego 23.

Ob- und Alleebäume, Pflanz-, Frucht- und Zierpflanzen...

Habe zirka 20000 Zähr., sehr kräftige Spargelpflanzen...

R. Funck, Rittergutsbesitzer, Nowy Dwór, 6622, p. Zbaszyń.

Wir offerieren zur Frühjahrssaat so lange der Vorrat reicht: Original Swales's Vigowder Hafer...

Pflanzkartoffeln: Modrows Industrie, Original und I. Abfaat...

„Ziarno Siewne“ T. z. o. p., Poznań, ul. Mickiewicza Nr. 33, Telefon: 5273 5264.

Gebe noch einige hundert Zentner anerkannte Saattartoffeln...

Am Donnerstag, dem 19. April d. J., vormittags 10 Uhr...

mehrere ältere, 3jährige und 2jährige Stuten u. Wallache...

Rentamt Smolice, Rentamt Smolice, Rentamt Smolice...

Rosshaare, kauft jeden Follen und zahlt höchste Preise...

Kaufe Landwirtschaft, größere Landwirtschaft, von älteren u. en. wo 60 Millionen Anzahlung...

Damenfahrrad oder Rahmen zu kaufen gesucht. Off. unt. 6614 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Haus-Grundstück am Hauptbahnhof, ca. 20 Meter Front, erkl. Bau für jeden Zweck geeignet.

zu verkaufen. Ernst Nasarek, Breslau 8, Feldstraße 66.

Wir drucken: Besuchskarten, Verlobungskarten, Vermählungsanzeigen...

Druckfächer für Buch- und Steindruck, in deutscher u. polnischer Sprache...

1 oder 2 Pensionäre, mögl. Knaben im Alter von 6-12 J., finden in Polen gute Aufnahme...

Gute Pension für junge Leute, Ang. unt. 6629 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Stellenangebote, 3 ältere, tüchtige Stellmacher finden dauernde Arbeit. J. Martin, Gniezno.

junger Mann, nicht unter 25 J., der zu meiner Stütze in der Landwirtschaft von 180 Morgen...

Die Pofener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.: Verkauf-Buchhandlung...

Tüchtiger Maschinist, sucht mit der Führung des Dampfdruckes u. der Instandhaltung landwirtschaftl. Maschinen...

Besucht zum baldigen Austritt für größeres Revier erfahrener Förster, älterer...

Stellengefuche, Gutsinspektor mit langjähriger Praxis, eogl. polnischer Staatsbürger...

Wirkungskreis, von gleich oder später Off. u. 6612 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junges Fräulein, 18 J. deutsch, sucht Beschäft. bei einem Arzt oder als Assistentin im Büro...

Suche zum 1. Juli d. J. Dauerstellung als jüngerer Rentmeister...

Getreidetaufmann, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, Genossenschaftler...

Spielplan des Großen Theaters, Freitag, den 13. 4., abends 7 1/2 Uhr: „Die Entführung aus dem Serail“...

Eckert Erntemaschinen, Lanz Zentrifugen sind jahrzehntelang erprobte Fabrikate...

Hackmaschinen, Bauart Dehne in technisch vollendeten Ausführungen...

Pflanzloch-Masch. System Sarrazin, Fabrikate Kuhl u. Lippitz, Jauer...

Ing. H. J. Markowski, Grosshandlung landw. Maschinen, Poznań, Mielżyńskiego 23, Telefon 52-43.

Drahtzäune, aus verzinkt Drahtgeflecht, Stacheldrähten, Pfosten a. Eisenrohr im Betonblock...

Drahtgeflechte, jeder Art empfohlen, R. Matuszewski i Ska., Mech. Spezialfabrik für Drahtzäune...

Besseres möbliert. Zimmer, (eins oder auch zwei) sucht Holzkaufmann...

Möbl. Zimmer für 1 bis 2 an 1. Herren, am Bot. Garten zu vermieten. Off. unter R. R. 6295 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Am Sonntag, dem 14. April, abends 8 Uhr, im Saal d. Vereins junger Kaufleute...

Vortrag Ein deutsches Sängereleben vor 450 Jahren, Eintrittskarte zu 2000 und 1000 Mk. in der Bucherei ul. Zwierzyniecka 6.

Die 4. Auflage des polnischen Lehrbuchs Wesoly Poczatek von Hermann Seydel ist erschienen. Preis 2000 M., nach auswärts mit Porto- und Verpackungszuschlag.

St. Petruskirche (Evangel. Unitätsgemeinde) Sonntag, abend, 6: 70. Jahrestag gottesdienstl. Feiern. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sonntag, 11 1/2: Kinder- und Jugendgottesdienst. Sonntag, 11: Kinder- und Jugendgottesdienst. Sonntag, 11: Kinder- und Jugendgottesdienst.

St. Petruskirche (Evangel. Unitätsgemeinde) Sonntag, abend, 6: 70. Jahrestag gottesdienstl. Feiern. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sonntag, 11 1/2: Kinder- und Jugendgottesdienst. Sonntag, 11: Kinder- und Jugendgottesdienst.

St. Petruskirche (Evangel. Unitätsgemeinde) Sonntag, abend, 6: 70. Jahrestag gottesdienstl. Feiern. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sonntag, 11 1/2: Kinder- und Jugendgottesdienst. Sonntag, 11: Kinder- und Jugendgottesdienst.

St. Petruskirche (Evangel. Unitätsgemeinde) Sonntag, abend, 6: 70. Jahrestag gottesdienstl. Feiern. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sonntag, 11 1/2: Kinder- und Jugendgottesdienst. Sonntag, 11: Kinder- und Jugendgottesdienst.

St. Petruskirche (Evangel. Unitätsgemeinde) Sonntag, abend, 6: 70. Jahrestag gottesdienstl. Feiern. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sonntag, 11 1/2: Kinder- und Jugendgottesdienst. Sonntag, 11: Kinder- und Jugendgottesdienst.

St. Petruskirche (Evangel. Unitätsgemeinde) Sonntag, abend, 6: 70. Jahrestag gottesdienstl. Feiern. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sonntag, 11 1/2: Kinder- und Jugendgottesdienst. Sonntag, 11: Kinder- und Jugendgottesdienst.

St. Petruskirche (Evangel. Unitätsgemeinde) Sonntag, abend, 6: 70. Jahrestag gottesdienstl. Feiern. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sonntag, 11 1/2: Kinder- und Jugendgottesdienst. Sonntag, 11: Kinder- und Jugendgottesdienst.

Neue Beschränkung der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten.

Trotz aller von Arbeitgeberseite erfolgenden Proteste gegen die jetzt bestehende gesetzliche Beschränkung der Einwanderung...

Es hat danach den Anschein, als wenn die alte Richtung, die soziale Schwerelemente befürchtet, wieder einmal die Oberhand bekommen sollte.

Als Gegner der Einwanderungsbeschränkung sind vor allem die kleinen, aber regen Gruppen der Liberalen alten Schlags anzusprechen.

Das deutsche Volk in seiner heutigen Lage kumpft allzu leicht ab gegen die Not einzelner Schichten.

Neu-Heidelberg.

Etwas vom deutschen Werkstudenten. Von Walter Schulz.

In Berlin hat sich der wenige Theater, die noch etwas auf sich halten, eben das Försterische Theater, "Neu-Heidelberg" neu inszeniert.

Das deutsche Volk in seiner heutigen Lage kumpft allzu leicht ab gegen die Not einzelner Schichten.

Die akademische Jugend ist zur Selbsthilfe geschritten: Die Studenten sind Werkstudenten geworden.

vermögen die Industriekreise nicht, geschweige denn darzutun, welche Anzahl von Einwanderern die amerikanische Industrie alljährlich zu absorbieren in der Lage ist.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Boien, den 13. April.

Berufshilfe durch Selbsthilfe.

Dr. rer. pol. Stabellmann.

Die mangelnde staatliche Fürsorge, unter der manche bedeutende Wissenschaftsgebiete und Berufsgruppen zu leiden haben, hat verschiedene zur Selbsthilfe dieser Gruppen geführt.

Von den neueren Selbsthilfebezeichnungen hat die Berufsbezeichnung „Volkswirt“ allgemeine Bedeutung erlangt.

Zur Vermeidung des Mißbrauchs dieser Bezeichnung durch Unbefugte wurde sie als Zeichen zum Beispiel in der Rolle des Reichspatentamts für alle Materialien, Drucksachen usw. deren sich der Volkswirt bedient, in Deutschland eingetragen.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn die in Polen lebenden Kaufleute, die auf Grund wissenschaftlicher Schulung und praktischer Betätigung im volkswirtschaftlichen Berufe ein bestimmtes Niveau erreicht haben, sich auch zu einem Schutzbund zusammen schließen würden.

Rechtsgültigkeit deutscher Urkunden in Po'en.

Großpölen (Boien) und Pommerellen (Westpreußen) sind bekanntlich seit dem 10. Januar 1920 für Deutschland Ausland geworden.

Personalausweise.

Der Innenminister hat, wie polnische Blätter melden, dem Präsidium des Ministerrats einen Gesetzentwurf über Personalausweise überreicht.

Nach diesem Entwurf sind sämtliche städtischen Bürger im Alter von 17 Jahren ab verpflichtet, im Besitze eines Personalausweises zu sein.

zwischen Akademiker und Handarbeiter, allmählich überbrückt wird. Bei der Vermittlung praktischer Ferienarbeit setzte dann auch zunächst die studentische Selbsthilfe ein.

Table with 2 columns: Studenten and Studentinnen, listing various professions and their numbers.

Aber mit der fortwährenden Teuerung zeigte es sich immer mehr, daß die Ferienarbeit kaum die Hälfte der Semesterkosten aufbrachte, von notwendigen Neuanschaffungen gar nicht zu reden.

ausländische Gesandtschaften ausgestellt werden. Papiere für die Ausreise nach dem Auslande brauchen sich polnische Staatsangehörige nicht zu besorgen.

Trohender Zuckermangel in Po'en?

Die „Nec p.“ erzählt, daß in Polen sich in nächster Zeit der Zuckermangel sehr empfindlich fühlbar machen werde.

Falsche Banknoten.

Die Polnische Landesbankkassette gibt bekannt, daß falsche 10 000-Mark-Scheine mit dem Datum vom 2. März 1922 und ebenso gefälschte 50 000-Mark-Scheine mit dem Datum vom 10. Oktober 1922 im Umlauf sind.

Die falschen 10 000-Mark-Scheine sind auf gewöhnliches Papier gedruckt, das feiner und größer ist, als das der echten, und auch ohne Wasserzeichen oder doch mit einem, das von dem der echten abweicht.

Auswanderungsanträge.

Das Deutsche Generalkonsulat in Boien hat unter, folgendes mitzuteilen: Auswanderungsanträge von in der Wojewodschaft Poien wohnenden Personen (also einschli. Neuhedritzk) sind an das Generalkonsulat Boien, Abteilung Abwanderung, in Poien Waly Jagielly 2 (früher Karmeliterwall) zu richten.

Neue Verbrauchssteuern.

Unter dieser Überschrift haben wir in der ersten Sonnenschein-Ausgabe (Nr. 79) eine Notiz über die mit dem 1. d. Mts. eingetretene Erhöhung der Schaumweinsteuer veröffentlicht.

Eine weitere Erhöhung der Spiritussteuer soll, wie die „Gazeta Narodowa“ (Litwa) mitteilt, ab 15. Mai d. Jz. eintreten.

Das Generalkonsulat in Boien hat unter, folgendes mitzuteilen: Auswanderungsanträge von in der Wojewodschaft Poien wohnenden Personen (also einschli. Neuhedritzk) sind an das Generalkonsulat Boien, Abteilung Abwanderung, in Poien Waly Jagielly 2 (früher Karmeliterwall) zu richten.

Gefängnisstrafe für Wohnungswucher.

Die erste Thorer Strafkammer verhandelte die Sache gegen den Hausbesitzer Kaufmann Ed. R. aus der Bäderstraße.

Bevorstehender Besuch des Marschalls Joch in Poien.

Zum Empfang des Marschalls Joch, der am 7. Mai nach Poien kommen soll, ist ein besonderer Ausschuss ins Leben gerufen worden.

Examens sichten, das letzte Semester zum sorgenfreien Studium sicherzustellen sucht. Der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, wo die große Mehrzahl deutscher Studenten gar nicht bis zum letzten Semester vor dem Examen durchkommt.

Noch mehr hat sich die Studentenfrage verwickelt gegen ihre Verproletarisierung, aber allein auf sich gestellt und ohne Hilfe von kapitalistischen Kreisen muß der wirtschaftlichen Proletarisierung die geistige nachfolgen.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

Eine wiederentdeckte Sprache. Über die Wiederentdeckung der Soghdian-Sprache, die Sprache der irdischen Bewohner des mittelasiatischen Gebietes von Buchara und Samarkand, schreibt Professor v. Lecoq vom Berliner Museum für Völkerkunde.

Polen ist ein Empfang im Schlosse, ein Empfang im Rathaus und die Veranstaltung von Kundgebungen mit einem Umzuge geplant, an dem die Schulen, die Universitäten und soziale, kulturelle und wirtschaftliche Organisationen teilnehmen sollen.

General Peron ist am Mittwoch nachmittag kurz nach 3 Uhr mit seiner Gemahlin in Polen eingetroffen und wurde vor dem Bazar von Vertretern der Militär- und Zivilbehörden empfangen. Nach der Begrüßung schritt der General unter den Klängen der Marseillaise die Front einer Militärabteilung ab, die dann vor ihm vorbeimarschierte. Um 8 Uhr gab Stadtpräsident Katuski im Rathaus ein Bankett, bei dem Kardinal-Erzbischof Dr. Dalbor, Bischof Lukomski, der Wojewode Graf Bniński, General Rajewski, der Rektor der Posener Universität, Swięciński usw. anwesend waren. Während des Essens wurden mehrere Ansprachen gehalten. Stadtpräsident Katuski hob in seiner Begrüßungsansprache die Tätigkeit des Generals für Polen hervor. General Peron antwortete, daß das Volk, mit dem er sich befaßt habe, ein Volk der Gerechtigkeit gewesen sei, nach der alle Verbündeten getreue hätten. Es sprach dann noch der Konsul Dufort, Herr Zoltowski, früheres Mitglied des Nationalkomitees in Paris, Abg. Dabrowski und andere. Am Donnerstag vormittag fand ein Kruppenevorbereitung statt. Ihm wohnte außer dem französischen und dem tschechischen Konsul zum ersten Male der englische Botschafter bei. Mittags wurde im Offizierskasino des 57. Infanterie-Regiments ein Frühstück gegeben, an dem der Kommandierende General Rajewski, der Stadtkommandant General Milewski, der Posener Wojewode Graf Bniński, Stadtpräsident Katuski, der französische Konsul Dufort, der polnische Generalkonsul in Oberösterreich Kozłowski, eine Reihe höherer Offiziere der hiesigen Regimenter und das Offizierskorps des 57. Infanterie-Regiments teilnahmen. Nach dem Frühstück wurde dem General ein Bild überreicht, das während des Frühstückes von dem Kunstmalers Jasnoch gezeichnet worden war. General Peron und General Bernard wurden nach einer Aufnahme der Teilnehmer unter Hochrufen auf Frankreich von Offizieren auf den Schultern zum Kraftwagen getragen.

X Todesfall. In Zegorcin, Kr. Pleschen, ist dieser Tage während eines Besuches bei seinen Kindern der praktische Arzt Dr. Franciszek Chłapowski aus Polen, wohnhaft ul. Ogrodowa 13 (fr. Gartenstr.), im Alter von 77 Jahren gestorben. Der Entschlafene genoss einen großen Ruf als Arzt, besonders als Pathologe, und praktizierte lange Jahre in der Wadelaissen in Kissingen, wo er auch von den deutschen Badegästen aus Polen sehr in Anspruch genommen wurde. Er ist durch zahlreiche medizinische Facharbeiten bekannt geworden und zählte zu den eifrigsten Mitgliedern des polnischen Verbandes der Freunde der Wissenschaften. Die medizinische Fakultät der Posener Universität hatte ihn zum Ehrenprofessor ernannt. Anlässlich der heutigen Beisetzung des Verstorbenen war gestern auf der Universität auf Halbmann festgelegt; heute mehte die schwarze Trauerfarbe von der Universität und vom Anstehungs-Kommunikationsamt, in dem eine medizinische Abteilung der Universität untergebracht ist.

Vertierung des englischen Sichtvermerks. Die Gebühr für den Sichtvermerk zur Einreise nach England ist auf 4 Pfund Sterling (800 000 Mark polnisch) erhöht worden.

Fallender Eisenbahnpersonenverkehr. Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß der Personenverkehr auf den polnischen Eisenbahnen zu Beginn des laufenden Monats April erheblich geringer war als in der gleichen Zeit des Monats März.

Keine Zulassung polnischer Landarbeiter nach Dänemark. Die „Ritz“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des auswanderungsamtlichen, der zufolge Dänemark mit Rücksicht auf die im eigenen Lande herrschende Arbeitslosigkeit polnischen Arbeitern, insbesondere Landarbeitern, die Einreise nicht mehr gestattet.

Deutsche Vortragsveranstaltungen. Nachdem mit Schluß des Wintersemesters die Vortragsveranstaltungen einheimischer Vortragender mit Ausnahme der Lehrgänge für Polnisch und Buchführung eingestellt wurden, werden einige Vorträge auswärtiger Gelehrter die bisherigen Darbietungen ergänzen, und zwar wird am Sonnabend, dem 14. d. Mis., abends 8 Uhr im Saale des Vereins junger Kaufleute Herr Universitätsprofessor Dr. Buchner über das Thema sprechen: „Ein deutsches Sängereben im Spätmittelalter“. Am Freitag, dem 20., abends 8 Uhr, in demselben Saal wird Herr Professor D. Niebergall, der bekannte Marburger Theologe, über das Thema „Die Kultur der Gegenwart“ einen Vortrag halten, und am Dienstag, dem 24., wird der Berliner Dramaturg und Schriftsteller Julius Bab über „Shakespeare“ reden. Hörer der deutschen Vortragsveranstaltungen erhalten für alle Vorträge eine Ermäßigung bei den Eintrittskarten, und zwar wird die ermäßigte Karte 1000 M. für den einzelnen Vortrag betragen. Diese Vortragskarten sind jedoch nur im Vorverkauf in der Deutschen Bücherei und nicht an der Abendkasse zu haben. Außer diesen Veranstaltungen wird am 17. April eine letzte Kulturfilmvorführung, die bereits angekündigt wurde, stattfinden; als Programm wurde ein Großfilm, der die „Wunder der Technik“ zeigt, gewählt. Auch für diese Veranstaltung erhalten die Hörer ermäßigte Eintrittskarten in der Deutschen Bücherei. Die polnischen Übungen müssen am Montag der nächsten Woche ausfallen. Die nächsten Übungen finden am Donnerstag, dem 19. d. Mis., statt, und zwar für fortgeschrittene von 5 bis 7, für Anfänger von 7 bis 8 Uhr.

Großes Theater Heute. Freitag: erstes Gastspiel Eva Handrowka (aus Bernburg): „Die Entführung aus dem Serail“ (musikalische Leitung: Direktor Sternich. In den Hauptrollen: Pollewicz, Gopelski, Kontanowna, Malamski, Popiel). Samstag: „Fledermaus“ (ermäßigte Preise) mit Herrn Kapellmeister Tylka am Dirigentenpult. Sonntagabend: zweites Gastspiel Eva Handrowka: „Lakmé“ (musikal. Leitg: Kapellmeister Wojciechowski. Vorkantat bei W. Górski (Hotel Monopol).

Evangelisch-lutherische Gemeinde. Am kommenden Sonntag, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet die hiesige evangelisch-lutherische Gemeinde im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses eine Konfirmationsnachfeier mit einem Vortrag, deklamatorischen, musikalischen, gesanglichen Darbietungen, lebenden Bildern u. a., an die sich ein Gemeindeabend anschließt soll. Auch die Freunde der Gemeinde sind zu dieser Feier freundlichst eingeladen.

Die botanisch-zoologische Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Naturwissenschaftlichen Vereins unternimmt am Sonntag, 15. d. Mis., einen Ausflug in das Revier Krummschick. In der dortigen Flora sind die heimischen Frühlingsblüher annähernd vollständig vertreten. Die Gegend bietet geologisch ein Bild der typischen Erdmoränenlandschaft. U. a. wird der slawische Burgwall bei Neugörka besucht. Abfahrt nach Bromno (Etschke Gnefen) 7.45 früh, Rückfahrt von Rudewitz, an Posen 8.40 abends. Proviant mitnehmen. Gäste sind willkommen.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: durch Einbruch aus einer Schokoladenfabrik in der ul. Laskowa 8 (fr. Wiesenstraße) große Mengen Schokolade und Zuckersäde im Werte von 2 400 000 M.; in der Nacht zum 11. d. Mis. aus einem Schuppen neben der Margaretenkirche auf der Schrobka vier Trauerpferdebedecken im Werte von 3-4 Millionen Mark; aus einer Wohnung in der ul. Franciszka Katuszka 26/27 (fr. Ritterstraße) Herren- und Damenkleidungsstücke im Werte von 1/2 Millionen Mark; bei einem Bodenbiebstahl in der ul. Staszka 7 (fr. Volkstraße) für 1/2 Millionen Mark Wäsche.

X Bei einem Schmutzverlust wurde gestern auf dem hiesigen Hauptbahnhof eine Frau aus Krakow, die acht Liter unversehrten Spiritus über die Grenze polen wollte.

X Polizeilich festgenommen wurden gestern unter dem Verdacht des Raubens lediglich zwei Personen ein gewisser Szymkowiak und ein gewisser Wujcik; letzter zu seiner eigenen Sicherheit ein Laufhummel; wegen Verdachts des Einbruchdiebstahls ein gewisser Ferdinand Seiffert.

* Disz. 12. April. Allgemeinen Geschäftsallum um 3 Uhr nachmittags gab es am beherrschten Feiertag Maria Verkündigung. Die Geschäfte blieben ohne Ausnahme geschlossen, bis nachmittags, wie die „Deutsche Zig.“ für Pommerellen“ berichtet, vöthlich uniformierte Polizeibeamte von Weichau zu Weichau gingen, and die sofortige Schließung anordneten. Man fragte sich natürlich dieser Anordnung und so trat dann um diese 3 t „Sonntagruhe“ ein.

* Disz. 12. April. Das „D. A. L.“ schreibt: Trotz vielfacher Warnungen in dieser Beziehung werden doch immer und immer wieder Personen beim Grenzüberstreiten, größere Summen Geldes, als erlaubt mitzuführen. Ein hiesiger Händler, der über Buzyn in kleinen Grenzverkehr nach Deutschland wollte, erlitt durch Beschlagnahme einer unzureichend geträgerten, sehr hohen Geldsumme großen Schaden und sieht nunmehr noch seiner Verhaftung entgegen. Es sei daher jedermann hierdurch vor Geldschmuggel eindringlich gewarnt.

* Disz. 10. April. Die Äbtzger Rudolf und Henriette Willeridee Eheleute begingen gestern das Verbrechen der mörderischen Hochzeit. Trotz ihres hohen Alters sind beide Eheleute noch recht rüstig und geistig frisch. Aus der Ehe sind 11 Kinder, von denen fünf leben. 33 Entkinder und 11 Urenkelkinder empfiessen.

* Stargard 1. April. Ein harter Schlag hat die Familie des unglücklichen mörderischen Bierkutschers Weierich von hier betroffen. Erst vor einigen Tagen ist der Gemordete getötet worden und Freitag hat nun auch nach seine Witwe der Tod erteilt. Die sechs Waisen stehen nun allein da und sind dem größten Elend preisgegeben. Der Mörder selbst ist auch bis heute noch nicht erwischt ermittelt worden. Es ist zwar eine Verhaftung in der Provinz eines Wajangens Rifen des Gemordeten erfolgt, der im hiesigen Verlangen vorläufig inhaftiert ist, doch müssen erst die weiteren Feststellungen ungefähr ihren Korona nehmen.

* Thorn, 11. April. Das Mietseinerigungsamt (Wohnungsamt) schreibt: Viele Leute seien der Meinung, es sei dazu da, Bürgern ohne Wohnungen solche anzuweisen; man sehe in dem Amt eine Art von Vermittlungsbureau. Dies sei aber unzutreffend; das Amt sei nur verpflichtet, Beamten und Staatsfunktionären (auch Zivilbeamten), die von den einzelnen Regierungstellen benötigt werden, Wohnungen zu beschaffen. Alle anderen Bürger müssen sich selbst um Wohnungen kümmern.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Parfümfabrik Gen-yl Zal, Posen. Im Anfang des Jahres 1919 begann diese Firma mit der Fabrikation ihrer verschiedenen Toilettenwasser, kosmetischen Artikel, Pudern, Cremes usw. Es ist hier in Posen die einzige Firma, die Qualitätsmittel liefert und die sich das Vertrauen des Publikums erworben und bewahrt hat. Wir haben ja in den letzten Jahren vielerlei Neugründungen dieser Art entstehen und vergehen sehen. Viele Gründungen waren minderwertig und verschwand bald. Die Firma Zal hat sich durch Fleiß und Qualitätsware Vertrauen gesichert und besitzt heute einen sehr großen Kundenkreis. Neugründungen dieser Art sind die Folge des Betriebes vorgenommen worden. Der Umsatz in den neuen Betrieb nach der ul. Bulwarka Nr. 37 wird noch im April stattfinden, die Firma verpflichtet sich von diesen neuen Anlagen noch größere Erfolge, die bei weiterer Qualitätsarbeit auch zu erreichen sein werden.

Bernhard Katz, Krakau, Andrzej Prochociego S. Diese Firma gehört mit zu den größten Krakauer Großhandlungen in Papierwaren. Die Generalvertretung der berühmten Rob-inoor-Pfeifflie (Ja. L. u. C. Karolmuta) ist ebenfalls in der Hand dieser Firma. Alle einschlägigen Artikel für Detail- und Engros-Geschäfte sind sofort lieferbar.

Gurtowa Spółka Spozycowa, Posen. Die Generalversammlung empfahl das Aktienkapital zu erhöhen, und zwar bis zur Summe von 250 Mill. Mark. Herausgegeben wird eine allgemeine Serie B zum Nominalwert von 160 Millionen Mark und eine privilegierte Serie C in Höhe von 20 Millionen Mark, ferner eine Serie D in Höhe von 30 Millionen Mark. Die neuen Aktien treten am 1. 7. 1923 in Verkehr. Die bisherigen Aktionäre erhalten für jede alte Aktie von 1000 M. vier junge, also vier Aktien zu 1000 der Serie B und zum Kurse von 130 Prozent. Alle Aktien der Serien C und D bleiben in der Hand des Aktiengesellschafts Jarobowicz i Gospodarstwo Posen, bis der Vorstand und Aufsichtsrat darüber bestimmend verfügt.

Von den Märkten.

Warenmarkt in Hamburg. Et ruhig. Feindl 56 Gulden, Nüsse 5200 M., Palmkernöl 45 Pfund Sterling, Kofosöl 57 Gulden, Kakao. Bei schleppendem Geschäft war die Lage im allgemeinen unbeeinträchtigt. Aus Diszabon kommen fester Nachrichten, während Trinidad zu 46 c. u. fr. angeboten wurde. Die Preise der übrigen Sorten blieben unverändert.

Auslandszucker fest. Tschechische Kristalle Feinkorn loco April 31,9 Schill. Käufer, Mai 32 Schill. Verkäufer, do. Mittel- und Grobkorn loco 31,9 Schill. Verkäufer; tschechische Würfel loco 32,1/2 Schill. Verkäufer; tschechische Cubes loco 32,7/2 Schill. Verkäufer. Danziger Kristalle waren ohne Angebot.

Kaffee. Die brasilianischen Forderungen waren zum Teil um 1 Schilling erhöht. Reges Interesse zeigte sich zu festen Preisen im Inlande für verzollte Kaffees. Guier Kaffees verzollt 80 bis 90 Schill., derselbe mittlerer Qualität 75-85 Schill., je nach dem Zollfuß, verzollt Santos je nach Zollfuß 100-115 Schill., gewaschene Kaffees 120-130 Schilling.

Weis ruhig bei festen Preisen. Das Geschäft hielt sich aber auch heute wieder in engen Grenzen. Für Burma 2 bestand Nachfrage. Burma 2 neue Ernte Solowate wurde mit 14 Schilling notiert.

Schmalz. Die Tendenz blieb unverändert fest. Steamfard stellte sich auf 29 1/2 Doll., Tieresmarken auf 30 1/2-30 3/4 Doll., Dritteltonnen auf 31 Dollar.

Börsen.

Roth-Bons. Die Abzahlung der Prozentigen Roth-Bons wird streng nach dem Kurs des Schweizer Franken auf Inlandsbörsen erfolgen, wobei bei der Festlegung des Kurses ein zweimonatiger Zeitabschnitt angenommen wird, was die Möglichkeit eines künstlichen Herunterfahrens des Schweizer Franken und des polnischen Gulden ausschließt. Bei der Entziehung von Steuern werden die Roth-Bons nach dem höchsten Emissionskurs angenommen, was eine besondere Bedeutung im Falle eines Steigens des Wertes der Polensmarkt im Zusammenhang mit den Sanierungsplänen der Regierung hat.

— Die jetzt gültigen Diskontsätze der wichtigsten Länder zeigen folgende Tabelle:

Dänemark (seit 24. 4. 22)	5 Prozent
Deutschland (seit 18. 1. 23)	12 Prozent
Belgien (22. 1. 23)	5 1/2 Prozent
Bulgarien (14. 6. 19)	6 1/2 Prozent
England (13. 7. 22)	3 Prozent
Finnland (16. 10. 22)	8 Prozent
Frankreich (11. 8. 22)	5 Prozent
Holland (18. 7. 22)	4 Prozent
Italien (11. 7. 22)	6 1/2 Prozent
Österreich (2. 9. 22)	9 Prozent
Portugal (3. 9. 20)	7 Prozent
Norwegen (17. 8. 22)	3 Prozent
Rußland (29. 7. 14)	6 Prozent
Rumänien (1. 6. 20)	6 Prozent
Spanien (27. 3. 23)	5 Prozent
Schweden (17. 8. 22)	3 Prozent
Tschechoslowakei (15. 1. 23)	5 Prozent
Vereinigtes Staaten (23. 2. 23)	4 1/2 Prozent
Schweden (1. 7. 21)	4 1/2 Prozent

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Berthpapiere und Obligationen:	11. April	12. April
1000. Bräm. Staatsanl. (Milio- nente)	170	—
Banaktien:		
Bank Centralny I.—III. Em.	2000	2070
Bankiewicz Banket Sta I.—VII. Em.	4500	55 0—6000
Bank Przemysłowcow I. Em.	1325—1250— 1375—1300	1325—1300
Bank Sp. Spółki Zarobk. I.—X Em	39 0—1500	4800—4500—4600
Bank Handl., Poznań I.—VII. Em.	1800—1750	17 0—1800
Banki Bierny I.—IV. Em.	700—680	700
Industriaktien:		
Arcona I.—IV. Em (exkl. Zinsen)	2100	2100—2200
A. Bractowski I.—IV. Em.	125—1300	1300
Browar Protopiscki I.—IV. Em.	17 000	17 000—16 500
D. Gogielski I.—VIII. Em.	12 000—11 800	11 500—12 200
Centrala Kopalni I.—V. Em.	1125—1200	12 5—1 400
Centrala Stal I.—IV. Em.	2350—2400	2400—2300
C. Hartwig I.—V. Em (exkl. Kup.)	1 650—1700	16 0
Darmig Karcowice I. Em.	7000—7100	72 0
Dersfeld, Karcowice I.—II. Em.	490—5250	510—5250
Funk I. Em.	—	1250
Gudań. Fabryka Pięty. Wierm. I.—IV.	53 000	52 000
Dr. Roman Jan I.—IV. Em.	24 000	24 000—23 500
Młyn Tartaki Wązow. I.—II. Em.	—	43 0
Młyn Kiełbaszki I. Em.	2200—2175	2200
S. Penow I. Em.	18 0—2150	25 0—26 0
Stal I.—II. Em.	1400—1500	1 000—1 900
Stalnia Rudzka I.—III. Em.	1900—1950	2000
Stalnia I.—VIII. Em.	1350	1350
Stal. Spółka Przemysł. I.—VI. Em.	6800—6700	6700—6600
Stal. Stalowa (Kanał) I. Em.	3300	36 0
Stal. Stalowa I.—II. Em.	420	420
Stal. Stalowa I.—II. Em.	2900	3000
Stal. Stalowa I.—II. Em.	1800—1750	—
Stal. I.—IV. Em.	—	1500
„Unia“ (früher Bagn) I. u. II. Em	6 00—6 00	6700—7300
Wagon Dzierżon I.—IV. Em.	3800—3300	3550—3750
Wormonia Chemiczna I.—III. Em.	1400	1300—1200
Wied. romar. Grodziska I.—II. Em. (exkl. Kupen)	5100	5200—5100

Saluten und Devisen.
Anzahluna Berlin 297—05. Dollar der Vereinigt. Staaten
43 000—42 920—42 000. Franz. Kronen 865 Pfd. Sterling 193 000

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 13. April 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Wagonverladung.)			
Weizen	200 000—210 000	Wizen	130 000—150 000
Roggen	12 000—13 000	Gerste	13 0 0—150 000
Braugerste	97 000—10 000	Wicken	180 000—200 000
Dinkel	12 000—1 7 000	Bohnen	135 000—155 000
Weizenmehl	270 000—300 000	Erbsen	200 000—260 000
Roggenmehl	210 000—2 0 000	Schmalz	110 000—120 000
(inkl. Säckel)		Blauweizen	10 000—140 000
Preisnotiz	63 000	gelbe Weizen	10 000—140 000
Roggenkleie	61 000	Fabrikationsöl	6 600—7 000

Tendenz abwartend, bei schwächerer Konsum nachschfrage

Posener Viehmarkt vom 13. April 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gerichtet für 100 Kilogramm Lebendgewicht:
I. Rinder: Färsen und Kühe: I. Sorte 580 000 M., II. Sorte 500 000—520 000 M., III. Sorte 400 000—420 000 M. — Kälber: I. Sorte 480 000 M., II. Sorte 440 000 M., III. Sorte 400 000 M.
II. Schafe: I. Sorte 500 000—520 000 M., II. Sorte 440 000 bis 460 000 M.
III. Schweine: I. Sorte 1000 000 M., II. Sorte 1400 000 bis 1060 000 M., III. Sorte 980 000 M.
Der Auftrieb betrug: 184 Rinder, 254 Kälber, 88 Schafe, 43 Fiegen, 58 Ziegen, 269 Schweine, 403 Ferkel. — Tendenz: lebhaft.

Danziger Weizenkurse vom 13. April.

Die polnische Mark in Danzig 49
Der Dollar in Danzig 21 500

Warschauer Börse vom 12. April.

Belgien	2435—2410	Brasilien	1285—1260
Berlin	2 4—1 29	Schweden	780—775
Holland	16 775	Wien	60 1/2—61—60 7/8
London	193 000—19 4500—197 000	Frankfurt	2165—2135
Neuroort	42 550—42 4 0	Helsingfors	1142 1/2
Paris	2875—2860		

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Voemann.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Wilhelm Voemann. Die Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Wilhelm Voemann. Die Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Wilhelm Voemann. Die Druck- und Verlagsanstalt: Dr. Wilhelm Voemann.

Die schönste Schaufenster-Dekoration genügt nicht!

Das Publikum ist gewöhnt, die Zeitung täglich zu lesen und besorgt Einkäufe immer auf geschäftliche Anpreisungen

Zeitungsreklame!

Wirklichen Erfolg erzielt man nur durch

Man inseriere daher ständig in der in Stadt und Land am meisten gelesenen Zeitung.

im „Posener Tageblatt“ (verbunden mit „Posener Warte“.)